

christopher street day

www.taz.de | anzeigen@taz.de | fon 030 – 25 90 23 14

22. – 28. juli 2023



Die CSDs sind Umzüge mit Regenbogenflagge, aber auch politische Events Foto: Christoph Hardt/Panama Pictures/picture alliance

Viel mehr als eine bunte Feier

Längst ist der Christopher Street Day bei uns eine feste Institution geworden. In mehr als 130 Städten gehen queere Menschen für sich und ihre Belange an die Öffentlichkeit

Von **Cordula Rode**

Die Anfänge des CSD liegen inzwischen über 50 Jahre zurück. Im New York der 1960er Jahre waren Schikanen und Übergriffe gegen homo- und bisexuelle, trans* und nicht-binäre Menschen an der Tagesordnung. Obwohl die Bars, in denen sie sich trafen, legal waren, gehörten Razzien durch die Polizei zum Alltag. Die Besucher:innen mussten beschämende Untersuchungen, körperliche Übergriffe und die öffentliche Bloßstellung ertragen. Trotz Ängsten wuchs in der Community der Wille, sich zu widersetzen und für die eigenen Rechte zu kämpfen.

Als die Polizei in der Nacht vom 27. auf den 28. Juni 1969 zum wiederholten Mal eine brutale Razzia in der Bar „Stonewall Inn“ in der Christopher Street durchführte, kam es erstmals zu aktivem Widerstand. Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* Menschen und vor allem Menschen mit unterschiedlicher Hautfarbe, die People of Colour, belagerten die Christopher Street – die Geburtsstunde der neuen Emanzipationsbewegung. Es kam zu tagelang anhaltenden brutalen Kämpfen zwischen Polizeikräften und Demonstrierenden.

Die „Gay Liberation Front“ (GLF), die wenige Wochen danach gegründet wurde, war die erste Interessenvertretung für queere Menschen. Am Jahrestag des Aufstandes organisierte die GLF einen Gedenkmarsh in New York vom Greenwich Village zum Central Park, den „Christopher Street Gay Liberation Day“, an dem mehrere Tausend Menschen teilnahmen.

Bis die Bewegung auch in Deutschland ankam, dauerte es noch ein ganzes Jahrzehnt. 1979 fand der erste CSD in Berlin statt, damals mit nur 450 Teilnehmer:innen. Inzwischen ist der CSD in mehr als 130 Städten in Deutschland zur festen Institution geworden. Von Aachen bis Zwickau gehen jedes Jahr Tausende von Menschen auf

Anzeige

Wir spritzen zurück!

PorYes-Award
Feministischer Pornofilmpreis
Respektvolle pornografische Darstellungen sind möglich

21. 10. 23 HAU1
Hebbel am Ufer
poryes.de

die Straße, um für Sichtbarkeit und ihre Rechte zu kämpfen. Die größten Paraden finden in Berlin und Köln statt – in Köln waren in diesem Jahr über eine Million Teilnehmer:innen bei dem Umzug dabei. Zu den Gruppen bei den Umzügen gehören Vereine, Organisationen, Unternehmen, Behörden und Parteien.

Allen Veranstaltungen gemeinsam ist der Demonstrationscharakter. Die weitere

Ausgestaltung hingegen ist für jede Stadt individuell, weiß Kai Bölle, Mitglied des Vereins CSD Deutschland: „Das hat jeder Veranstalter selbst in der Hand – ob mit oder ohne Fahrzeuge, mit Musik und Rahmenprogramm.“ Es gebe allerdings zurzeit den Trend, im Zuge der Diskussion über Klimaschutz im Interesse der Nachhaltigkeit auf Wagen und Trucks zu verzichten.

Der Siegeszug des CSD in Deutschland verlief nicht als stetige Entwicklung, sondern in zwei großen Schüben. Mitte der 1990er Jahre bildeten die Veranstalter der großen Paraden wie Berlin, Hamburg und Köln ein Netzwerk, um kleineren Städten mit ihrem fundierten Know-how bei der Organisation des CSD zu helfen. Daraufhin sahen sich auch kleinere Städte in der Lage, Veranstaltungen zu organisieren. „Ein weiterer deutlicher Anstieg erfolgte im Zuge der Erstarkung rechtsnationaler Tendenzen“, so Kai Bölle. Die Polarisierung durch diese Kräfte habe den Willen der Community gestärkt, ihre Sichtbarkeit und den Kampf für ihre Rechte zu erhöhen.

Gerade die Veranstalter in kleinen Orten sind oft besonders originell, weil die Bedingungen ganz andere sind als in den großen Städten. So zog die ländliche Gemeinde Wendland in Niedersachsen kurzerhand mit Treckern über die Dörfer. Auf ganz andere Weise nutzt die Stadt Konstanz ihre geografische Lage – sie veranstaltet traditionsgemäß den einzigen „grenzüberschreitenden“ CSD in Deutschland. Die Parade führt über eine Brücke nach Kreuzlingen in der Schweiz,

wahlweise auch umgekehrt.

Welch große Aufmerksamkeit und Beachtung der CSD inzwischen erreicht hat, wird sich in diesem Jahr zum zweiten Mal in Berlin zeigen: Auf dem Kanzleramt wird die Regenbogenflagge wehen. „Das ist ein enorm wertvolles Symbol für unsere Bewegung“, freut sich Kai Bölling.

Doch die wachsende Popularität der CSD-Paraden ruft zunehmend auch Kritiker auf den Plan. So gibt es Stimmen, die vom „Karnevalsumzug mit Regenbogenflagge“ sprechen. Viele der Teilnehmer:innen hätten keine echten persönlichen oder politischen Berührungspunkte mit der Community und würden einfach nur vom bunten Event-Charakter der Veranstaltung angezogen – ein Umstand, den man, so Kai Bölle, bei öffentlichen Feiern schlicht nicht vermeiden könne. Darüber hinaus wird manchen Firmen vorgeworfen, ihre Teilnahme an den Veranstaltungen als Marketing zur Umsatzsteigerung zu nutzen, oft als „Pinkwashing“ bezeichnet.

Diese pauschale Kritik kann Kai Bölle entkräften: „Das ist viel zu kurz gedacht – die Firmen schicken ihre queeren Mitarbeiter:innen zum Umzug, geben ihnen frei, finanzieren die Teilnahme.“ Sie geben einer Minderheit ihrer Beschäftigten die Chance, sich zu zeigen. Und dass diese Aktionen umsatzsteigernd seien, sei in vielen Fällen mehr als zweifelhaft: „Viel größer ist die Gefahr, mit solchen Aktionen langjährige Kunden, die sich mit den Werten unserer Bewegung nicht identifizieren, zu verlieren – wir sind da ganz sicher die kleinere Zielgruppe.“

Pride Parade

LGBTQ* Die Abkürzung ist aus dem Englischen übernommen und steht für „Lesbian Gay Bisexual Transgender Queer“. Damit können sich Personen identifizieren, die nicht den eingeschlechtlichen und heterosexuellen Normen folgen. Das Sternchen steht als Platzhalter für weitere Geschlechtsidentitäten. Die **Bezeichnung „Christopher Street Day“** wird hauptsächlich in den deutschsprachigen Ländern verwendet. In anderen Teilen der Welt spricht man eher von Gay Pride oder Pride Parade. Im Mittelpunkt der ersten Demonstrationen in

Deutschland stand die Forderung nach Abschaffung des § 175, der noch bis 1994 sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe stellte.

Die nächsten **großen CSD-Veranstaltungen** in diesem Jahr finden statt in Berlin (22. 7.), Hamburg (5. 8.) und Dortmund (2. 9.) Wer den Charme der kleineren Paraden bevorzugt, sollte über eine Reise nach Wiesloch (29. 7.) oder Papenburg (9. 9.) nachdenken.

Alle Termine und Infos findet man auf der Seite des CSD Deutschland e. V.: www.csd-deutschland.de

Du hast den Durchblick? Bewirb dich und komm in unser Team!

Termin auch online buchbar

BRILLENWERKSTATT
Dircksenstraße 48 Am Hackeschen Markt Oranienstraße 32
Mehringdamm 66 Kaiserdamm 5 www.brillenwerkstatt.de

supermarché Jetzt mit Online Shop

Ökofaire Mode für alle*

Better wear fair!

Wiener Straße 16 * Berlin-Kreuzberg
supermarche-berlin.shop

ICH SELBST &

ANDERS & GLEICE
LSBTIQ* IN NRW

Alle Menschen haben das gleiche Recht, in ihrem Geschlecht anerkannt zu werden. Mehr zum Thema geschlechtliche Vielfalt und LSBTIQ* Rechte unter www.aug.nrw

Arbeit an der Gewöhnung

Das geplante Selbstbestimmungsgesetz ist nicht unumstritten. Das liegt auch daran, dass die Idee, die Geschlechtsidentität per Sprechakt zu wechseln, hinfällig ist. Aber auch ohne ein solches Gesetz würde in Zukunft für Transmenschen vieles besser werden

Von **Jan Feddersen**

Ein Jammer! Die vollmundig formulierten Ankündigungen der grünen und gelben Teile der Ampelregierung zum sogenannten Selbstbestimmungsgesetz sind auch in diesem Sommer auf die Klippen gelaufen wie ein morscher Kahn auf einen unsichtbaren Felsen in Strandnähe. Man sieht das Ziel, glaubt es fix im Blick zu haben – und landet doch wieder nur in Untiefen, das Festland unerreichbar fern.

Der queere Staatssekretär Sven Lehmann vermag schon gar nicht mehr grüne Selbstdarstellung zu betreiben auf den aktuell zahllosen CSDs, allzu stark erntet er Kritik gerade von den queeren, insbesondere transorientierten Aktivist*innen: Wann wird es denn nun sein? Aber was soll er antworten, denn er weiß es doch selbst nicht!

Die Vorlage, die Justizminister Marco Buschmann in Abstimmung mit dem ebenso gesetzefederführenden Familienministerium Lisa Paus' vorlegte, reichte noch nicht, um im Kanzleramt das Go für eine weitere parlamentarische Beratung zu erhalten; zuletzt war es das Innenministerium Nancy Faesers, dessen Sicherheitsfachleute darauf hinwiesen, dass die geplante Gesetzesnorm, der zufolge Transmenschen

nicht nach ihrem geschlechtlichen Vorleben befragt beziehungsweise in den Sicherheitsdateien danach abgefragt werden dürfen, den exekutiven Beobachtungsinteressen nicht nachkommt.

Mit anderen Worten: Konkreter denn je stellt sich heraus, dass die Selbstbestimmungspolitik*innen, eben vor allem Buschmann und Paus, keine Rechtsfolgenabschätzung mit dem juristischen Prozess der Gesetzesneuformulierung vornehmen wollten. Es sollte doch alles so einfach sein, so simpel, so

Das Gesetz soll das Transsexuellengesetz von 1980 ersetzen

klar. Transfrauen sind Frauen – so sagte es Paus voriges Jahr. Als ob es nicht ein paar Klippen zu bewältigen gegeben hätte und ja noch gibt. Die Idee, die Geschlechtsidentität per Sprechakt zu wechseln beziehungsweise sie in eine stimmige Form zu bringen, ist hinfällig.

Buschmann, FDP, hatte im Laufe der vergangenen Monate längst dem nicht nur leisen Unmut vieler Frauen (nicht nur aus der Sphäre Alice Schwarzer und ihrer *Emma*) nachgege-

ben: In Frauensaunen soll niemand gelangen können, der nach klassischem Verständnis wie ein Mann aussieht und sich als Frau ausgibt. Ist eben nicht alles Sprechakt und Willensbekundung, da war der Minister realitätstauglich genug, um in das Gesetz, das das Transsexuellengesetz von 1980 ersetzen soll, nicht alles aufzunehmen, was die transaktivistische Szene ihm hineindiktieren wollte.

Vermutlich schleppt sich das neue Gesetz auch deshalb hin, weil Familienministerin Paus wie die Ampelkoalition überhaupt viel Ärger an den Backen hatte – und man einen sogenannten „Kulturkampf“ um Transrechte nicht wollte: Nein, bitte keinen Ärger, mag man im Kanzleramt (und nicht nur dort) gesagt haben, bitte nicht wieder von klassisch feministischen bis rechten Diskursangehörigen gejagt werden.

Die entscheidende Frage ist ja ohnehin noch nicht angegangen, angeblich soll sich erst Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) um dieses zentrale Anliegen des Transaktivismus (und ihrer Freundinnen*) kümmern, nämlich die detaillierteren Richtlinien zur Transition im nichtvolljährigen Alter. Weitflächig wird gefordert, schon Kindern, die sich als im „falschen Körper“ geboren identifizieren, den Zugang zu phar-



Ein Streitpunkt: Wer darf künftig in Frauensaunen? Foto: Dreamstock 1982/ Westend61/picture alliance

makologischen Mitteln zu ermöglichen, etwa Pubertätsblockern. Das wäre allerdings eine Art von Menschenversucherei an lebenden Objekten: Selbst in der Transszene wird, wenn auch meist hinter vorgehaltenen Händen, eingeräumt, dass man zu den Wirkungen von Mitteln, die die gewöhnliche körperliche Entwicklung von Menschen auf dem Weg von Kindern zu Erwachsenen (das ist: die Pubertät) beeinflussen, noch nicht viel weiß.

Aber, so oder so, eines Tages wird es ein Selbstbestimmungsgesetz geben, wenn nicht durch diese Regierung, dann durch eine folgende, aber so fundamental, wie es die transaktivistische Szene sich wünscht, wird es nicht werden. Niemals! Wahr bleibt nämlich, dass in etlichen Ländern, etwa Großbritannien, Schweden und Finnland, die Lizenz zu Pubertätsblockern etc. wieder kassiert wurde, weil allzu sehr transaffirmative Ärztinnen* bereit waren, Kindern Pharmakologisches (und Chirurgisches) angedeihen zu lassen, die über sich selbst kaum Bescheid wussten – und ihre Eltern sie nicht vermochten, von typischen schweren oder schwersten Irritationen geschlechtlich-sexueller Art abzubringen.

Der Weg in Schweden ist inzwischen wieder von einer Frage geleitet: Steckt hinter einem

Transwunsch nicht vielmehr oft ein als unerträglich empfundenes Coming-out als schwuler oder lesbische Jugendliche*r? Sei's drum, möchte man sagen: Aber was ist mit der Diskriminierung von Menschen, die sich als nonbinär, als trans oder als irgendwie unbestimmt Geschlechtsidentitär verstehen? Lässt sich die nicht wenigstens mindern oder gar beseitigen? Sie ist, das darf ich als schwuler Mann sagen, weil ich diese Art der Verletzungen, Hässlichkeiten in der Öffentlichkeit, in Familien und in Schulklassen nur zu gut (besser: horribel) erinnere. Solch Diskriminierung sollte ein Ende haben. Möglichst bald.

Nur: Wie stellt eine Gesellschaft es an, diskriminierungsfrei zu sein? Die Antwort ist: Das geht nicht. Das ist utopisch, das ist unmöglich zu erreichen. Diskriminierungen gibt es gegen jeden und jede durch jede und jeden. Immer. Schwere. Leichtere. Ein öffentliches oder familiäres Leben ohne Gesten der Herablassung (oder auch der Überfreundlichkeit) ist nicht vorstellbar, jedenfalls nicht im wahren Leben.

Was aber machbar ist, was im Aktivismus als Kern des Guten aufgehoben bleibt, ist die Arbeit an Gewöhnung, an allgemeine Routine. Lesben, die nicht dem Klischee der Hetera entsprechen, sind, anders als

vor 50 Jahren, nicht mehr diesen Diskriminierungen ausgesetzt, Schwule ebenso wenig. Es ist, alles in allem, alles viel besser geworden, und das wird es auch für Transmenschen, die im historischen Vergleich aus der Atmosphäre der Unsagbarkeit herausgetreten sind: Nonbinär, irgendwiebinär, trans, ident oder nonident – alles eine Frage der Performance und der öffentlichen Resonanzen, die nicht hass- oder aversionserfüllt sind, sondern gleichmütig bis randständig interessiert.

Transmenschen erkennen im Laufe ihrer Leben, dass in einer Transition nicht die Garantie auf Glück liegt und dass ein Leben mit Menschen, die ausgesprochen untrans sind, kein Unglück bedeuten muss. Nachbarn sind Nachbarn und neigen dazu, sich aneinander aushalten zu wollen. Glücksvorstellungen hegen alle, aber: In einem Coming-out steckt keine Garantie auf tiefe Zufriedenheit, in einer Geschlechtsidentitätssicherung oder -währenden Transition steckt auch keine.

Dass CSDs quasi die öffentlichen Flaggschiffe der Gewöhnung sind, versteht sich von selbst: inzwischen ist „Tagesschau“-fähig, was früher ebenfalls anders war. Es lohnt sich, die Welt so zu sehen: Es kann alles besser werden, auch wenn nicht alle aktivistischen Wünsche in Erfüllung gehen.

Anzeige

FEUERSOZIETÄT
BERLIN BRANDENBURG
VERSICHERUNGEN SEIT 1718

Mehr als ein Logo in Regenbogenfarben.

VIELFALT IN DER ARBEITSWELT:

Engagement für Pride & Diversity wird von Mitarbeitenden gestaltet

Eine Woche vor der offiziellen Parade rund um den Tiergarten, feiert Berlin den kleinen – aber feinen – CSD: das Motz-Straßenfest. Und da dürfen zwei Berliner Traditionsunternehmen nicht fehlen: die Feuersozietät Berlin Brandenburg und die Berliner Sparkasse. Mitarbeitende der beiden Unternehmen haben sich zusammengeschlossen und einen Stand aufgebaut.

Gemeinsam animieren sie die vielen Besucher*innen des Kiezfestes das Glücksrad zu drehen, um einen der zahlreichen Preise zu gewinnen. Dass sie am 15. Juli mit dabei sind, ist das Ergebnis einer Diversity-Arbeitsgruppe, in welcher sich die Mitarbeitenden bereits seit mehreren Jahren freiwillig engagieren. „Noch wichtiger als nach draußen zu gehen und auf Pride-Veranstaltungen sichtbar zu sein, ist es im Haus eine LGBTQIA+-Community aufzubauen und Angebote zu schaffen, durch die Vielfalt im Unternehmen gefördert und alltäglich wird“, sagt Grit Läuter-Lüttig,

Hauptabteilungsleiterin Mathematik und Patin für LGBTQIA+-Themen im Unternehmen. Denn dass eine Unternehmenskultur von Menschen gestaltet wird, ist bei der Feuersozietät, die Teil des Konzerns Versicherungskammer ist, bewusst. Bereits im Jahr 2016 hat man damit begonnen, gezielt Diversity-Arbeitsgruppen auszusprechen, in welchen Mitarbeitende die Kultur gestalten können.

Seitdem hat sich viel getan. Neben einer stetig wachsenden Pride-Community, Allies inklusive, gibt es beispielsweise Jobsharing-Tandems, die es Führungskräften ermöglichen eine verantwortungsvolle Position in Teilzeit zu besetzen oder Roundtables als Teil der Frauenförderung. „Dass das Engagement wirkt, zeigt zum Beispiel, dass seit den vergangenen sieben Jahren nun deutlich mehr Frauen in Führungspositionen arbeiten“, freut sich Läuter-Lüttig, „und nicht zuletzt die umfangreiche Teilnahme an Events in der Pride-Saison 2023 mit unseren Vertriebspartnern, wie der Berliner Sparkasse“.

Zügig nach der Sommerpause

Laut Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) soll das Selbstbestimmungsgesetz im Herbst verabschiedet werden

Es gibt weiter offene Fragen, aber Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) erwartet nach der Sommerpause eine Verabschiedung des geplanten Selbstbestimmungsgesetzes durch das Bundeskabinett. Der *Rheinischen Post* sagte er vor einer Woche: „Mein Ziel ist klar: Zügig nach der Sommerpause wollen wir den Entwurf für das Selbstbestimmungsgesetz im Kabinett beschließen.“ Er gehe davon aus, dass sich ungeklärte Fragen lösen lassen, so der FDP-Politiker. Wie dies geschehen solle, ließ er aber ebenso offen wie eine konkretere Zeitplanung. Buschmann rechnet beim Selbstbestimmungsgesetz zugleich mit einer „lebhaften Debatte“ im Bundestag.

Ein Kritikpunkt aus dem Bundesinnenministerium ist, dass es nach dem derzeitigen Gesetzesentwurf Kriminellen künftig möglich sein würde, sich durch einen einfachen Geschlechtswechsel beim Standesamt einer polizeilichen Verfolgung zu entziehen. Denn im Falle einer geschlechtlichen Transition werden auch alle Dokumente dem neuen Namen und Geschlecht einer Person angepasst. Ungeklärt ist weiterhin auch, was passiert, wenn zum Beispiel eine Trans-Frau Einzell für Frauen wünscht, dies aber von den Betreibern verweigert wird. Kritisiert wird auch, dass es keine psychologische Betreuung oder ein Gutachten vor dem

Geschlechtswechsel geben soll, auch nicht bei Minderjährigen ab 14 Jahren.

Mit der Gesetzesreform will die Ampelkoalition das rund 40 Jahre alte Transsexuellengesetz abschaffen. Nach diesem Gesetz ist es ebenfalls möglich, den Eintrag des eigenen Geschlechts ändern zu lassen. Allerdings ist das Procedere für Betroffene kompliziert und belastend: So müssen Menschen, die den Eintrag ändern wollen, zwei teure psychiatrische Gutachten einholen und dabei sehr intime Fragen beantworten. Ein Gericht entscheidet dann letztlich über die Änderung. Teile dieser Praxis wurden vom Bundesverfassungsgericht mehrfach als verfassungswidrig eingestuft. (taz)

Angriffe dürfen nicht unwidersprochen bleiben!

Anfeindungen und Hass auf queere Menschen erleben zurzeit einen besorgniserregenden Aufstieg – massiv befeuert durch Hetze vom rechten Rand. Betroffenen helfen können Anlauf- und Beratungsstellen, Demonstrationen und handfester Widerstand

Von **Felix Schlösser**

Warum ist es so schwer, Menschen so leben und lieben zu lassen, wie sie sind und wie sie sich fühlen? Diese Frage stellen sich nicht nur in Deutschland, sondern auch international viele Menschen queerer Communities. In Tiflis, Georgien, kam es zu massiven Angriffen auf ein Pride Festival, bei dem Flaggen in Brand gesetzt, Stände demoliert und Teilnehmer*innen bedroht wurden. Die Türkei versucht schon seit Jahren die Pride Parade in Istanbul präventiv zu verhindern und geht nicht selten mit Polizeigewalt gegen Demonstrierende vor.

Das ugandische Parlament in Kampala beschloss im März dieses Jahres wiederum harte Strafen für Homosexuelle und Unterstützer*innen, die bis zur Todesstrafe reichen können. Eine Pride Parade vor Ort wurde durch die Polizei verhindert. Queerfeindliche und gewalttätige Mobilisierungen sind ebenso in Russland an der Tagesordnung, unterstützt von harten staatlichen Gesetzen, die Täter*innen bestärken.

Zu sagen, dass Queerfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, wäre falsch. Sie war schon immer vorhanden und erlebt zurzeit einen besorgniserregenden Aufstieg – massiv befeuert durch Hetze vom rechten Rand, der im Kampf gegen andere Lebensmodelle oder auch das Gendern neue Kernthemen entdeckt hat. Eine neue Sichtbarkeit von Menschen, die sich mit einem anderen Geschlecht als ihrem biologischen identifizieren, die offen homosexuell auftreten oder generell festgefahrene Stereotype von Männlichkeit hinterfragen, sorgt sogar immer häufiger für Ausgrenzung und Gewalt. Ein gesamtgesellschaftlicher Widerstand dagegen ist notwendig, das Schmieden neuer Allianzen und eines vereinten Kampfes gegen diese Zustände überfällig.

Auch in Deutschland ist die offene Feindschaft gegenüber queeren Menschen kein neues Thema. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Straftaten gegen sie auf rund 1.400. Im Folgenden seien deshalb exemplarisch drei Vorfälle beschrieben, die zeigen, dass es auch hierzulande ein großes Problem mit Hass auf Menschen gibt, die nicht dem heteronormativen Ideal entsprechen.

Berlin, September 2021: Trans-Frau Ella Nik Bayan, gebürtige Iranerin, übergießt sich auf dem Alexanderplatz mit

Benzin und zündet sich selbst an. Sie erliegt wenig später ihren Verbrennungen im Krankenhaus. Georg Matzel, ehrenamtlicher Mitarbeitender einer Anlaufstelle für queere Geflüchtete des Lesben- und Schwulenverbands Sachsen-Anhalt, der Ella mehrere Jahre unterstützte berichtet später von Behördenstress und alltäglicher Diskriminierung, die sie ausgebrannt hätten. Im April 2023 wurde ihr Grab bereits zum fünften Mal durch Unbekannte geschändet.

Münster, August 2022: Bei der CSD-Parade in der kleinen als eher weltoffen geltenden Stadt wird der 25-jährige Trans-Mann Malte C. mit einem Faustschlag niedergestreckt. Vorausgegangen war eine Situation in der er sich schützend vor zwei lesbische Frauen gestellt hatte, die von einem Passanten beleidigt wurden. Malte C. starb einige Tage später an den Folgen des Schlags an einem Schädel-Hirn-Trauma. Der Täter wurde vor vier Monaten zu fünf Jahren Haft verurteilt.

München, Juni 2023: Zwei Drag-Stars und die junge Trans-Autorin Julana Gleisenberg planten eine Lesung für Kinder, in der Welten gezeigt werden sollten, „die unabhängig vom Geschlecht zeigen, was das Leben für {sie} bereithält, und dass wir alles tun können, wenn wir an unseren Träumen festhalten“. Nicht nur die AfD, erzkonservative Politikern wie Hubert Aiwanger von den Freien Wählern und einige CSUler liefen dagegen Sturm, sondern sogar SPD-Oberbürgermeister Dieter Reiter ließ sich zu einem Statement hinreißen, in dem er verkündete, er habe für diese Art von Veranstaltung kein Verständnis. Die Lesung fand letztendlich unter Protesten statt, doch die 13-jährige Gleisenberg sagte ihre Teilnahme wegen massiven Anfeindungen ab.

Doch was können geeignete Antworten auf solche queerfeindlichen Taten sein? Hier gibt es ganz unterschiedliche Mittel und Wege, die von Anlauf- und Beratungsstellen für Betroffene über Demonstrationen bis hin zu konfrontativem Widerstand reichen.

Auch wenn der Staat es lange vernachlässigte, so gibt es viele Beratungsangebote für queere Menschen, die meisten von ihnen liegen in großen Metropolen. Auch queere Jugendzentren sind in den letzten Jahren vermehrt entstanden. Eines da-

von ist das Queerdom in Berlin-Mitte, das sich an Menschen im Alter von 14 bis 21 Jahren richtet und in dem es verschiedene Angebote gibt und ein Ort des Austauschs und Kennenlernens geschaffen wurde. Weitere Zentren dieser Art gibt es unter anderem in Köln, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt und Karlsruhe.

Ende Juni fand in Berlin-Marzahn die vierte russischsprachige Pride statt. Organisiert wurde der Umzug von Quartiera e.V., eine LGBTQ+ Organisation in Deutschland, deren Kommunikationssprache russisch ist. In den Ost-Bezirken Marzahn und Hellersdorf lebt eine Mehrheit russischsprachiger Migrant*innen. In diesem Jahr kamen mehrere Personen der neonazistischen Partei „3. Weg“ bei der OPride Parade vorbei, um einen Stand der Partei „Die Linke“ abzufüllen und zu bedrohen. Dies ließen sich queerfeministische Antifaschist*innen auf der Demo nicht gefallen. Nur mit einem Transparent ausgestattet gingen mehrere Teilnehmende auf die Neonazis zu und wickelten diese kurzerhand mit einem Transparent ein. Die verdutzten Neonazis leisteten, wohl auch aufgrund der Tatsache, dass die Polizei in der Nähe war, keinen Widerstand und wurden anschließend von der Veranstaltung ausgeschlossen.

Eine weitere Form eines eher offensiven Widerstands sind die seit 2021 wieder jährlich zur Walpurgisnacht stattfindenden „Take back the night“-Demonstrationen in Berlin. Die an Teilnehmer*innenzahlen stetig größer werdende Aufzüge proklamieren einen offensiven, teils militanten Widerstand gegen alltägliche Diskriminierungen und Herabwürdigungen. Nicht selten kommt es dabei zu Auseinandersetzungen mit wütenden Männern oder den meist männlichen Polizeieinsatzkräften. Tatsächlich haben diese Demonstrationen ihren Ursprung im Jahr 1975 in Philadelphia, zwei Jahre später fand die erste Demonstration dieser Art in Deutschland statt. Ging es früher ausschließlich um die Diskriminierungen von Frauen, werden bei den seit 2021 stattfindenden Aufzügen auch queere Anliegen und Benachteiligungen in den Mittelpunkt gestellt.

Weiterhin ist natürlich wichtig, dass queerfeindliche Hetze und Angriffe im Alltag nicht unwidersprochen bleiben. Wenn

Menschen bemerken, dass sich über Queers lustig gemacht, sie beleidigt oder diffamiert werden, ist das einzig Richtige, ihnen Beistand zu leisten oder zu widersprechen. Nur wenn Täter*innen sich in ihrem Tun nicht mehr sicher fühlen, kann weitere Gewalt und Hass verhindert werden. Bis dahin ist es aber sicherlich noch ein weiter Weg und aktuelle Wahlprognosen der reaktionären AfD,

insbesondere in den östlichen Bundesländern, zeigen, dass der Rückzugsraum für queerfeindliche Agitation nicht schrumpft.

Wegen der hohen Zahl von Straftaten gegen queere Menschen in Deutschland sind zudem Selbstverteidigungskurse ein adäquates Mittel zum Selbstschutz. Auch hier gibt es immer mehr Angebote, die sich speziell an Flinta* oder Queer-Personen richten. Solche Trainings kön-

Erste Regel bei Gewalt gegen andere: Beistand leisten!
Foto: Eventpress Stauffenberg/picture alliance

